
HOCHSCHULPOLITISCHES PROGRAMM

RING CHRISTLICH-DEMOKRATISCHER STUDENTEN
ORTSGRUPPE LEIPZIG – DIE CAMPUSUNION



Leipzig, den 18.05.2018

**Damals wie heute – entschieden demokratisch.
Pragmatisch. Praktisch. Liberalkonservativ.**

Für mehr Realpolitik und eine bessere Uni!

Seit 1991 bieten wir an der Universität Leipzig eine Alternative
zu ideologischen Zwängen linker Hochschulpolitik an
und kämpfen für mehr gelebte Debattenkultur in Respekt und Toleranz.

Das vorliegende aktualisierte Programm soll einen Überblick über die Grundsätze
und politischen Ziele unserer Hochschulgruppe vermitteln.



Aufgabe

Auf den verschiedensten Ebenen versuchen wir über unser stetig wachsendes Netzwerk in Stadt, Land und Bund, Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft und Kultur für hochschulpolitische Themen zu sensibilisieren und nehmen uns gemeinsam den alltäglichen Herausforderungen im Uni-Dschungel an. Freundschaft, gegenseitige Unterstützung in allen Belangen des Studiums und gemeinsame Freizeitgestaltung begleiten unseren Weg. Wir leben die aktive Diskussion, fördern die politische Meinungsbildung sowie den wissenschaftlichen Diskurs an Leipzigs Hochschulen. Vor Ort engagieren wir uns ehrenamtlich in den Gremien der universitären Selbstverwaltung und organisieren diverse Veranstaltungen. Gemeinsam lernen wir voneinander, arbeiten auf eine erfolgreiche Zukunft hin und geben unseren Interessen eine gebündelte Stimme.

Grundsätze

Wir verstehen uns als politische Hochschulgruppe, die sich nicht an fragwürdigen Ideologien fixiert, sondern frei, konstruktiv und innovativ für wirklich relevante studentische Interessen eintritt. Bei uns steht die gelebte Gemeinschaft genauso im Vordergrund wie eine offene Mitgestaltung an unseren Inhalten und Zielsetzungen. Dabei fühlen wir uns durch ein christliches Menschenbild, traditionelle und europäische Werte sowie die freiheitlich-demokratische Grundordnung verbunden. Toleranz ist bei uns keine leere Floskel, da sie nach unserer Auffassung eben auch für Andersdenkende und alle Menschen gleichermaßen gilt. So streiten wir für Meinungspluralismus, respektvolles Miteinander, universitäre Freiheit und echte Debattenkultur, die über den Gedankenaustausch schließlich Fortschritt für alle erreicht.

Wir sind eine rechtlich parteiunabhängige studentische Interessenvertretung, die in Wertekanon und konservativer Ausrichtung den Unionsparteien nahesteht. Als Ortsgruppe im RCDS Sachsen gehören wir dem Bundesverband des RCDS an. Im Austausch auf europäischer Ebene sind wir über unseren Dachverband EDS (European Democrat Students) international vertreten.

(Im Übrigen sei auf www.rcds.de, www.edsnet.eu sowie auf unseren Facebook-Auftritt verwiesen.)

Freiheit von Forschung & Lehre

Wir als RCDS fühlen uns der Wissenschaftsfreiheit des Grundgesetzes uneingeschränkt verpflichtet. Gerade in Zeiten von „alternativen Fakten“ und Manipulationen durch diverse Falschmeldungen stehen die Hochschulen in einer besonderen Verantwortung für die Gesellschaft. Um aber als zuverlässige Wissensquelle dienen zu können, müssen Forschung und Lehre frei sein von jeder inhaltlichen Zensur. Denkverbote wie eine von linken Gruppen geforderte **Zivilklausel lehnen wir strikt ab**, weil sie nicht nur dem Leitspruch unserer Universität „Grenzen überwinden“ widerspricht, sondern unserer Ansicht nach auch verfassungswidrig wäre. Sobald eine vermeintlich moralisch gebotene Zivilklausel gegen den Willen der Wissenschaftler in deren Forschung pauschal eingreifen will, verhindert sie eine verantwortungsprägende Auseinandersetzung im universitären Rahmen und verdrängt letztlich risikobehaftete Themen aus der öffentlichen Kontrolle und Lehre an eher geschlossene Orte. Von kontraproduktiven ideologischen Vorurteilen geleitet, versagt diese Logik bei Inhalten, die sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke geeignet erscheinen. Solche sogenannten Dual-Use-Fälle stehen in einer

deutlichen Mehrheit und sind etwa von der Medizin über Geisteswissenschaften bis zum Maschinenbau überall denkbar sowie schwer abzugrenzen. Folglich hätte eine Zivilklausel rein plakativen Charakter ohne Durchsetzbarkeit, zumal eine gewisse Verschwiegenheit in Patentverfahren oder sozialwissenschaftlichen Studien vor der späteren Publikation völlig normal und notwendig ist. Auch eine Diskriminierung von studentischen Soldatinnen und Soldaten darf an unserer Universität keinen Platz haben. Wir setzen „militärisch“ nicht mit „kriegerisch“ gleich, sondern verweisen auf das Prinzip der wehrhaften Friedensstaatlichkeit, welches das Grundgesetz für die Parlamentsarmee unseres Landes festlegt. Konstruktiv schlagen wir eine **Ethikkommission** in bestimmten Fällen vor, welche eine verantwortungsbewusste Ergebnis-Präsentation und beratend den öffentlichen Diskurs fördern soll anstatt über komplizierte Genehmigungsverfahren die Forschung maßlos zu stören. Komplexe Sachverhalte können nicht über eine vereinfachende linke Verbotspolitik gelöst werden.

Demokratie stärken. Stura-Reform jetzt!

Wir kritisieren den systematischen Aufbau des Stura der Universität Leipzig in seiner jetzigen Form als sozialistisches Rätssystem und streben eine **vollständige Umwandlung in ein Studentenparlament** an, das seinem demokratischen Namen auch gerecht wird. Schon heute wollen wir die Möglichkeiten des Sächsischen Hochschulfreiheitsgesetzes (SächsHSFG) zum Vorteil aller Studis nutzen und **49 % der StuRa-Entsandten direkt wählen lassen**. Die Vertreter aus den Fachschaftsräten sollen so weiterhin ihre Fakultäten institutionell vertreten können und für diese wichtige Funktion auch in der personellen Mehrheit sein. Diese Macht darf jedoch nicht wie bisher absolut sein, indem studentische Vertreter nur über einen Umweg, also erst nach Weiterentsendung aus ihrem zugehörigen Fachschaftsrat, den eigentlichen StuRa erreichen könnten. Hier besteht bis heute erhebliche Missbrauchsgefahr und Verhinderung eines verhältnismäßigen Meinungsabbildes unserer vielfältigen Studentenschaft. Es müssen parallel Möglichkeiten bestehen, studentische Vertreter direkt in den Stura zu schicken, was hier gerecht durch ein **Listenwahlverfahren** nach dem Vorbild der universitären Strukturen in anderen deutschen Bundesländern verwirklicht werden könnte. Alle Gewählten können sich dann in Fraktionen zusammenfinden oder ihre Arbeitsweise ganz individuell strukturieren. Jedenfalls wird so ein vielseitigerer Diskurs erzwungen, der Mehrheitsfindungen nicht zum Selbstläufer erklärt und kompromissorientiertes Arbeiten erfordert. Weil in unseren Augen demokratischer Fortschritt erst durch den gleichberechtigten Wettstreit unterschiedlicher Ideen zustande kommt, setzen wir uns insofern dafür ein, die hochschulpolitischen Gruppen stärker in den Fokus zu rücken. Dies sehen wir als einen Schritt in die richtige Richtung an, um das Interesse für aktuelle Arbeit des StuRa innerhalb der Studentenschaft zu erhöhen, was angesichts dauerhaft dramatischer Zahlen zu schlechter Wahlbeteiligung und Personalmangel in den Gremien an der ganzen Universität besonders dringend erscheint. In diesem Zusammenhang werden wir die **Repolitisierung** des Campus im Wege einer Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit seitens des StuRa durch häufigere Umfragen und Podiumsdiskussionen sowie Informationsstraßen anregen. Dazu gehören vor allem **Videozusammenfassungen** zu wichtigen Redebeiträgen, Debatten und Stellenbewerbungen im StuRa. Schließlich dürfen Ämter kein Selbstzweck sein, sondern sollen als Dienstleistung für die verfasste Studentenschaft endlich transparenter werden.

Studentinnen und Studenten üben idealerweise eine gewisse Vorbildfunktion für die Gesellschaft aus. Deshalb ist demokratisches Verhalten und respektvoller Umgang miteinander so wichtig. Wir wenden uns **gegen Extremismus jeder Art und gegen Diskriminierung** anderer Menschen, etwa durch einen faktischen Ausschluss von Ämtern wegen unliebsamer Partei- oder Vereinsmitgliedschaften wie auch bei Burschenschaften oder christlichen Studenten- und Damenverbindungen. Freizeitgestaltung ist Privatsache und wird auch bei uns in freundschaftlicher Gemeinschaft gelebt. Individuelle persönliche Haltungen, etwa eine Ablehnung von Gender-Sprache, darf kein Ausschluss- und Diskriminierungsgrund sein. Wissenschaftlicher Diskurs muss an einer Universität stets möglich sein, gerade dann wenn konträre Ansichten und Bewertungen aufeinandertreffen. Intolerantes Verhalten beispielsweise durch respektlose Verhinderung von offenen Diskussionsveranstaltungen, wie schon mehrfach in der Vergangenheit durch linke Störer veranlasst, kann kein Mittel von fairer Debattenkultur sein. Wir verurteilen in diesem Zusammenhang jede Form von Gewalt, die im politischen Wettstreit niemals gerechtfertigt sein kann. Insofern fordern wir eine **klare Positionierung der Universitätsleitung** gegen Linksextremismus und für eine Verteidigung der Gleichberechtigung.

Auf der Gruppenvorsitzendenkonferenz des Bundesverbandes in Leipzig vom 23.-25.3.2018 beschlossen wir einen auch von uns ausgearbeiteten Leitantrag zu konkreten Maßnahmen gegen Extremismus an deutschen Hochschulen. Dazu gehören im Einzelnen die Präzisierung einer gesetzlichen Extremismusdefinition, die Wiedereinführung einer hinreichend bestimmten **Demokratieerklärung** sowie ein **Kooperationsverbot** mit verfassungsfeindlichen Organisationen für Hochschulgruppen. Neben einer Stärkung von Aufklärung und politischer Bildung, Prävention und Aussteigerprogrammen kommen außerdem Sanktionsmöglichkeiten in Betracht, namentlich die Verweigerung des Hochschulgruppenstatus oder die Exmatrikulation rechtskräftig verurteilter extremistischer Straftäter. Weiterhin braucht es ein konsequentes Verbot extremistischer Symbole im Hausrecht der Hochschulen. Wir setzen uns für eine Umsetzung dieser Ziele am Standort Leipzig ein.

Freie studentische Kultur

Der RCDS bekennt sich zur großen Vielfalt studentischer Initiativen und insbesondere zum breiten Angebot traditioneller studentischer Kultur. Beispielhaft im Fokus stehen die Klubkultur und die Elferräte. Wir sind davon überzeugt, dass eine gute Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen FSRä und StuRa auf der einen Seite und Elferräten auf der anderen Seite unabdingbar ist. Wer sich ehrenamtlich für seine Kommilitonen engagiert, hat Respekt und **Unterstützung** verdient - gerade **in finanzieller Hinsicht** durch die studentischen Semesterbeiträge. Wir wollen die Narrenfreiheit des Studentenfascings erhalten und schützen. Jedwede Art von **Gesinnungspolizei**, die sich in den letzten Jahren zeitweise insbesondere im StuRa festgesetzt hat, **lehnen wir entschieden ab**. Der StuRa muss sich in diesem Zusammenhang viel stärker seiner Funktion als Dienstleister bewusstwerden und den Elferräten eine Plattform zum Werben und Verfolgen ihrer Anliegen bieten. Außerdem lehnen wir einen pauschalisierten Ausschluss von **Studentenverbindungen** und ihrer Mitglieder am Campus ab. Die Verbindungsszene ist sehr vielfältig und kann nicht über einen

Kamm geschoren werden. Daher soll im Rahmen einer differenzierten Betrachtung jede Studentenverbindung die reelle Chance erhalten, AG des StuRa werden zu können.

Infrastruktur

Die **Qualität unseres Mensasystems sowie die Preislage** für Studis möchten wir **erhalten**. So lehnen wir eine Öffnung zur Finanzierung externer Anbieter im Umfeld der Universität aus studentischen Geldern ab, damit die Existenz und Funktionstüchtigkeit des Finanzierungskonzeptes abgesichert bleibt. Dabei sollte die Mensa Kooperationsmöglichkeiten für Sonderangebote oder Gewinnspiele weiterhin aktiv aufgreifen, damit Studis ihrer Mensa verbunden bleiben. Um bei steigenden Immatrikulationen mit der Masse an Mensabesuchern besser umgehen zu können und Stau zu begrenzen, würden wir gern die Entwicklung eines angemessenen **Wegekonzeptes** insbesondere für die Mensa am Park an **Ein- und Ausgängen** anregen. Wichtig ist uns hier auch der Erhalt täglicher Wahlfreiheit für alle im Hinblick auf das vielfältige Essensangebot der Mensen. Insofern fordern wir eine **Abschaffung des sogenannten „Veggie Days“**, den wir als einseitigen Erziehungsversuch bzw. Bevormundung ansehen. Jeder Mensch sollte seine Essensgewohnheiten täglich ausleben und frei planen können, ohne erst auf eine entferntere Mensa ausweichen zu müssen. Das gilt sowohl für Veganer und Vegetarier, auf deren Wünsche täglich eingegangen wird, als auch für alle anderen, die auf fleischhaltige und zugleich günstige Speisen nicht verzichten wollen. Außerdem wollen wir **längere Öffnungszeiten der Mensa am Park während der Hausarbeiten-Phase** ermöglichen.

Generell wollen wir uns zudem für eine **finanzielle Stärkung des Studentenwerkes** in Leipzig, z.B. über Sponsorverträge einsetzen, damit dieses auch zukünftig die gestiegenen Herausforderungen meistern kann. So ist etwa **Bauförderung studentischen Wohnraums, die Modernisierung einiger Wohnheime** in der ganzen Stadt ein großes Thema, was wir immer wieder anstoßen wollen und um Unterstützung werben werden. Leipzig ist nicht nur die schönste, sondern auch die am schnellsten wachsende Großstadt und Trend-Metropole Deutschlands. Dieses Bevölkerungswachstum darf aber nicht auf dem Rücken unserer Studis finanziell ausgenutzt werden, indem die Stadt Leipzig unverhältnismäßig die Steuererhebung verschärft. Wir wollen für eine **Abschaffung der Leipziger Zweitwohnsitzsteuer** für Studis kämpfen, weil ein studentischer Lebensunterhalt bereits genügend finanziellen Belastungen unterliegt. Das zeigt sich etwa schon in im Einzelfall übertriebenen GEZ-Gebühren, für deren Herabsetzung auf 5,- € sich unser Bundesverband bereits seit längerem einsetzt.

Desweiteren möchten wir uns für die Eröffnung von **neuen Verhandlungen mit der Deutschen Bahn** einsetzen. Es gibt durchaus Studis, denen das aus dem Semesterbeitrag finanzierte MdV-Vollticket viel nützt. Allerdings ist das gerade für Studis aus Ostsachsen oder für Studis, denen ein MdV-Vollticket aus sonstigen Gründen nichts bringt, fehlinvestiertes Geld. Deshalb wünschen wir uns eine Wahlpflicht zwischen einem **alternativen Sachsenticket** oder dem bestehenden MdV-Vollticket beim Semesterbeitrag. Die Fahrt im LVB-Netz durch Bus, Tram oder S-Bahn wäre dabei vom Verkehrsgebiet beider Semestertickets abgedeckt. Attraktiv ist ein Sachsenticket dann selbst für Studis, die selten Bahn fahren, weil die Fahrt ohne Nachlösen in die Landeshauptstadt Dresden

oder andere sächsische Städte lohnt und zur Vernetzung mit anderen Studis oder der Wirtschaft im Land wichtig ist. Substanziell wollen wir die Möglichkeit günstigen Bahnfahrens durch ein Semesterticket erhalten und beachten insofern die Funktionalität des Finanzierungssystems. Dieses kann nur dann allen Studis nützen, wenn auch möglichst viele daran beteiligt sind, anstatt wegen Unattraktivität dessen aus der verfassten Studentenschaft austreten zu wollen. Eine vollständige Nichtbeteiligung würde in allen Verhandlungen scheitern, ist also nicht umsetzbar.

Wir sind stolz auf unsere traditionsreiche Universität mit ihrer gewachsenen internationalen Bedeutung und ihren zahlreichen ehrwürdigen Alumni. Mit dem **Paulinum** ist nun endlich die geschichtsträchtige Verbindung zur unter dem SED-Regime gesprengten Paulinerkirche wiederhergestellt worden. Wir werden uns geschlossen dafür einsetzen, dass dieser Raum weiterhin bestimmungsgemäß als Aula & Universitätskirche gleichermaßen genutzt wird. Alle Studis können St. Pauli als modernes und verwurzelt Symbol für unsere vielfältige und weltoffene Alma Mater verstehen und wertschätzen. Natürlich verstehen wir uns dabei traditionell als schützende politische Kraft für andere christliche Hochschulgruppen, die sich in der Vergangenheit bereits diskriminierender Ausgrenzung durch den StuRa ausgesetzt sahen.

Zudem setzen wir uns für **flexiblere Öffnungszeiten der Fachbibliotheken** unserer Universität ein, um auch zu späteren Stunden noch dort arbeiten zu können, wenn man nicht auf die Campusbibliothek ausweichen möchte. Gerade für Hausarbeiten-Phasen oder bei Zeitdruck bleibt breite Fachliteratur unerlässlich im Vergleich zu Online-Angeboten. Wir wollen daher eine **Sonntagsfinanzierung für die Öffnungszeiten der großen Fachbibliotheken**, insbesondere der Jura-Bibliothek und der Albertina sicherstellen.

Außerdem sprechen wir uns dafür aus, den **Leibnitz-Laden** auf dem Campus wiederzubeleben. Die Erwerbsmöglichkeit offizieller Produkte mit dem Design unserer Alma Mater stärkt die Bindung zur Uni und wirkt zugleich öffentlichkeitswirksam. Diesmal sollte sich die Universität stärker für ein **nachhaltiges Wirtschaftskonzept** engagieren, damit auch in eigenem Sinne verschiedene PR-Produkte besser angenommen werden und nicht mehr nur von externen Anbietern verkauft werden müssen. Weiterhin könnte man dem Leibnitz-Laden rentierende Sonderaufgaben überlassen wie z.B. die Organisation der häufigeren Verteilung von kostenlosen „Campustüten“ nach dem Vorbild der Erstitüten. Der Leibnitz-Laden könnte sich zugleich durch ein kleines studentisches Kaffee erweitern, um noch attraktiver zu werden. Dabei muss die Idee allerdings auf einem stabilen Geschäftsmodell beruhen, das Lehren aus der Vergangenheit zieht und für wirklich alle Gruppen auf dem Campus attraktiv und effizient ist.

Digitalisierung an Hochschulen aktiv gestalten

Wir wünschen uns eine **UniLeipzig-App für App Store und Android**, die alle technischen Systeme, namentlich Almaweb, Universitätsbibliothek Leipzig, Studentenwerk Leipzig, Moodle und Tool, mit den entsprechenden Funktionen in sich vereint. Auch ein Info-Bereich für Organe wie den StuRa könnte dort etabliert werden. Es gibt bereits externe Anbieter, die ein ähnliches Konzept in einer App verwirklicht haben. Unsere moderne Alma Mater sollte jedoch dem Vorbild anderer

großer Universitäten folgen und eine eigene lokale App **mehrsprachig** zur Verfügung stellen, um eine neue digitale Nähe zum Alltag der Studis herzustellen. Perspektivisch könnte es auf diesem Wege zu einer Vernetzung kommen, die beispielsweise Push-Nachrichten bei relevanten Vorlesungsausfällen oder Raumänderungen an die Fakultätsmitglieder versendet. Wir sehen das als positive Möglichkeit des Zusammenwachsens für ein fächerübergreifendes Projekt an. Zur Umsetzung würden wir gern Hilfe durch den FSR Informatik in Anspruch nehmen, um eine App von Studis für Studis zu erschaffen. Die Organisation hierfür sollte seitens der Uni erfolgen, etwa in Form einer Förderung durch ein Preisausschreiben. Auch die Optionen von Moodle sollten zugunsten **interaktiver Lernangebote** ausgebaut werden, wobei wir sogar Möglichkeiten zum Austausch mit anderen Hochschulen sehen.

An den Bibliotheken setzen wir uns weiterhin für die Einführung einer **Bib-Ampel** ein, die später auch in die UniLeipzig-App integriert werden könnte. Somit stünde es jedem Studenten zukünftig frei, vor dem Gang in eine universitäre Bibliothek den Umfang der Platzbelegung zu vergleichen und seinen Tagesplan entsprechend flexibel anzupassen. Die Umsetzung erfolgt durch eine Zählung der im lokalen WLAN registrierten User-Anmeldedaten, sei es über Smartphone, Tablet oder Laptop. Dies hat sich an anderen Universitäten Deutschlands bereits bewährt.

Vorstellen können wir uns im Übrigen **digitale Reservierungsanzeigen** entsprechend aktualisierter Onlinereservierungen in den Seminarräumen der Bibliotheken. Zudem wollen wir uns für eine deutliche Erweiterung des Angebotes für **E-Books** auf dem Universitätsgelände einsetzen. Überdies sind wir für die Nutzung von **Videostreaming ausgewählter Vorlesungen**, die naturgemäß überfüllt sind. Die technische Infrastruktur hierfür existiert bereits und kam z.B. regelmäßig für das Format der Donnerstagsdiskurse im Audimax zum Einsatz. Die Abläufe auf Abruf müssten nur flexibilisiert werden. Aufnahmen können dann auf den Lehrstuhlseiten veröffentlicht und **befristet gespeichert** werden. Außerdem sollen zukünftig möglichst alle Räume im Seminargebäude mit Beamer und Computer statt Overheadprojektor und Schreibtafel ausgestattet sein. Professoren und Dozenten sind Hilfsmittel und Angebote für Fortbildungen an die Hand zu geben, um eine **zeitgemäße Hochschuldidaktik** und eine hochwertige digitale Lehre zu ermöglichen. Entsprechend unserer Beschlusslage im Bund nach der GVK 2018 soll sich eine gute Hochschuldigitalisierung auch finanziell durch **Auszeichnungen** lohnen.

Studium & Finanzierung

Der RCDS steht schon immer für einen **verantwortungsvollen Umgang mit studentischen Geldern**, die sinnvoll und zuverlässig für wirklich relevante studentische Belange und effektive Realpolitik eingesetzt werden müssen. Wir sind stolz auf unsere geschichtsträchtige und zugleich moderne Alma Mater und wollen den **Standort** erhalten sowie angesichts rasant steigender Immatrikulationen **weiter im Stadtgebiet vergrößern**.

Wir befürworten eine ausgeglichene **Exzellenzstrategie**, bei der sich die Universität auch materiell auf die fortgesetzte Professionalisierung ihrer individuellen Stärken konzentriert. Wir sind der Meinung, dass Spitzenforschung häufig zu Spitzenlehre führt, sodass wir klug angelegte Verknüpfungen brauchen. Zugleich wollen wir eine Universität mit möglichst vielfältigem

Studienangebot bleiben. So ist die Universität Leipzig etwa im Vergleich zur TU Dresden als geisteswissenschaftliche Exzellenzuni wahrzunehmen. Ihre besonderen Stärken auch in Jura und Medizin müssen konzentriert und stetig ausgebaut werden, um sich als attraktiver Hochschulstandort in „Hypezig“ (inter-)national zu behaupten. Um eine gute Grundlage hierfür zu schaffen, schließen wir uns den Forderungen des Wissenschaftsrats und unserer Beschlusslage im Bund nach der GVK 2018 an, nach welcher **Lehrprofile** verfasst werden sollten. Diese sind rechtlich nicht bindend, erweisen sich aber als individuelle Leitbilder für die Hochschule nach innen und außen und verbessern den Überblick für die Schwerpunktsetzung bei der Entwicklung unserer Universität. Dabei wird eine gemeinsame Ausgestaltung guter Lehre durch alle Statusgruppen am Standort ermöglicht, indem häufiger offene Debatten zu Qualität und Umfang angeregt werden.

Ehrenamtliches Engagement ist auch an den Hochschulen stärkendes Element für die Funktionalität einer vielfältigen Gesellschaft. Dabei opfert man als Student wertvolle Zeit für praktischen Einsatz außerhalb der studentischen Pflichten aus den Prüfungsordnungen. Leider kommt dieser wertvolle Beitrag oft zu kurz; nur Gremienarbeit wird teilweise mit Gremiensemestern belohnt. Wir werden breite Diskussionen zu Anrechnungsmöglichkeiten im Studienverlauf initiieren und uns für eine würdige Beurkundung für ehrenamtliche Tätigkeiten in Hochschulgruppen oder außeruniversitären sozial wohltätigen Organisationen einsetzen, die ein universitäres Curriculum spürbar aufwerten.

Wir fordern weiterhin eine bessere Organisation mit **längerfristigen Arbeitsverträgen** für studentische Hilfskräfte und wissenschaftliche Mitarbeiter, die für den Verwaltungsaufwand an den Lehrstühlen sowie für ein gutes Lehr- und Forschungskonzept dringend gebraucht werden. Dies würde die Planbarkeit und persönliche Sicherheit für alle Beteiligten steigern und letztlich auch dem Anspruch zur Nachwuchsgewinnung im Bereich von Juniorprofessoren perspektivisch zugutekommen. Schließlich wollen wir für die hier ausgebildete akademische Spitze auch als Wissenschaftsstandort attraktiv bleiben und dieses Potenzial im Freistaat Sachsen halten. Ein breit aufgestelltes Personal für die Lehre kann dann auch Hilfestellung in Bereichen geben die nur indirekt mit ihrer Lehrtätigkeit zusammenhängen. Innovation erfordert **Förderkonzepte für studienfachübergreifende studentische Forschungsgruppen**, was die Startup-Freundlichkeit unserer Universität erheblich begünstigen würde. Dort könnte nicht nur eine fachliche Beratung durch eine akademische Kraft helfen, sondern auch studiengangübergreifende Kooperationen im Vorfeld, etwa in der Forschung, durch gemeinsame Lehrveranstaltungen und wissenschaftliche Podiumsdiskussionen sowie mehr Zusammenarbeit mit anderen Leipziger Hochschulen.

Wir machen uns für **weitere Finanzierungsquellen aus Drittmitteln** stark, um eine selbstbewusste und einflussreiche Universität auch in den Verhandlungen zum sächsischen Hochschulentwicklungsplan zu sein. So sollen Kooperationen mit freier Wirtschaft, Stiftungen oder Vereinen in den Natur- und Geisteswissenschaften ausgebaut werden. Konkret könnte sich dies in Veranstaltungssponsoring, Lehrmittel- und Bücherfinanzierung, Forschungsmitteln oder anderen Projektinvestitionen niederschlagen. Dabei besteht für Studentinnen und Studenten schon zeitig die Möglichkeit, wertvolle Kontakte zu knüpfen, die für eine berufliche Zukunft hilfreich werden

können. Zugleich wäre auf diese Weise auch ein **vereinfachter Zugang zu studentischen Praktika bei Partnerunternehmen** eröffnet, was für ein gutes Studium oft wichtig ist und mit Anrechnungsmöglichkeiten integriert werden sollte. Die Unabhängigkeit der Forschung und Hochschulverwaltung an sich muss hierbei selbstverständlich gewährleistet sein.

Christdemokratische Sozialpolitik

Um für Studienabbrecher eine **soziale Aufwertung und Reintegration in den Arbeitsmarkt** zu erreichen, wollen wir entsprechend unserer Beschlusslage im Bund nach der GVK 2018 den Zugang zu einer dualen Ausbildung verbessern. Durch eine Anpassung der Prüfungsordnungen in den Industrie- und Handelskammern ließe sich der Übergang deutlich flexibler und für alle Seiten profitabler gestalten. Bessere Regelungen sollen Credit Points oder ähnliche Studienleistungen anrechenbar machen und Übergänge zu Fortbildungsprüfungen zum Fachwirt, Industriemeister etc. erleichtern. So werden studentische Vorkenntnisse und Leistungen aussichtsreicher und attraktiver für den jeweiligen Arbeitsmarkt. Desweiteren fordern wir, dass **keine unverhältnismäßig verschärfte Attestpflicht** im Krankheitsfall zur Freistellung von Prüfungsleistungen eingeführt wird. Die Offenlegung von Symptomen oder der verpflichtende Gang zum Amtsarzt wären Ausdruck eines schwerwiegenden Pauschal-Misstrauens gegenüber der ganzen Studentenschaft. Dieses werden wir nicht dulden. Ausnahmen müssen stets speziell gesetzlich geregelt sein und dürfen nur für große Abschlussprüfungen, etwa im Examen gelten. Unnötige **Anwesenheitspflichten** lehnen wir gleichermaßen ab und fordern, dass die studentische Gestaltungsfreiheit in der Zeiteinteilung nicht ohne wichtigen Grund eingeschränkt werden darf. Unsere Uni stellt bereits gute Angebote für Barrierefreiheit zur Verfügung, jedoch sind immer noch Lücken im System festzustellen. Dort wollen wir den **Ausbau behindertengerechter Infrastruktur** fortsetzen, um den Pflichten aus der UN-BRK vollständig nachzukommen.

Medizin und Numerus Clausus

Entsprechend unserer Beschlusslage im Bund nach der GVK 2018 setzen wir uns für eine **Neugestaltung der Studienplatzvergabe** auch an der Uni Leipzig ein. Dabei soll der Auswahlprozess in Zukunft transparenter und vielfältiger werden und summarisch an naturwissenschaftliche bzw. medizinische Vorkenntnisse, soziale Kompetenzen und praktische Fertigkeiten sowie Leistungsbereitschaft, Motivation und Abiturnote anknüpfen. Dieser Weg soll durch einen schriftlichen Eignungstest und Auswahlgespräche ausgestaltet werden. Da Abiturabschlüsse in Deutschland teilweise noch nicht vergleichbar genug sind, lassen sich diese Überlegungen auch auf andere NC-Studiengänge wie Psychologie oder Sprachen hinsichtlich fachlicher Eignung und Sprachniveautests ausweiten. Dies wird zu mehr **Chancengerechtigkeit für die Würdigung individueller Talente** und fachlicher Qualitäten der Bewerber führen.

Lehramt

Im Gegensatz zu anderen Akteuren in der Leipziger Hochschulpolitik drängten wir von Anfang an auf die Einführung der **Lehrerverbeamtung** in Sachsen, die nun neben vielen anderen unterstützenswerten Maßnahmen im **Bildungspaket 2018** durch die Landesregierung verwirklicht

wird. Wir jedenfalls werden die Umsetzung dieser Maßnahmen am größten sächsischen Standort für die Lehramtsausbildung unterstützen und mit innovativen Ansätzen vor Ort stärken.

Die Prüfung des Moduls „**Bildungswissenschaften 5 (BiWi 5)**“ **muss geändert werden**. Entgegen gelehrter Methoden und Kompetenzprüfungen im Lehrerberuf wird BiWi 5 in einer Computerklausur abgeprüft, in der nur auswendig gelerntes Wissen zählt. Die Belastung der Studenten ist hier enorm. Studieren heißt nicht stumpfes Auswendiglernen, sondern tiefgründiges Verstehen. Im Zusammenhang mit dem akuten Lehrermangel in Sachsen ist es begrüßenswert, wenn sich Studenten ab dem dritten Fachsemester zusätzlich zum Studium eines **Drittfaches** entscheiden. Umständliche Reglementierungen und Beschränkungen machen die Zulassung für ein solches Lehramtserweiterungsfach trotz des hohen Bedarfs oft schwer. Wir fordern eine Vereinfachung der bürokratischen Prozesse, damit ein einfacherer Zugang für bereits immatrikulierte Studenten möglich wird. Desweiteren wollen wir Möglichkeiten erarbeiten, wie der **Studien-Wechsel zwischen den Schularten** übersichtlicher und einfacher erfolgen kann.

Durch die schulpraktischen Studien (SPS) sind in den theoretischen Teil des Lehramtsstudiums bereits gute Praxiselemente eingefügt. Die Zuteilung der Praktikumsplätze über das sächsische Portal erfolgt aber nach dem Zufallsprinzip. Lediglich Regionen lassen sich auswählen. Bestimmte pädagogische Ausrichtungen der Schulen und die jeweiligen Präferenzen der Studenten passen deshalb häufig nicht zusammen. Es ist wichtig, an dieser Stelle die Attraktivität Sachsens als Arbeitsplatz für die Lehramtsstudenten hervorzuheben. Schulkonzepte müssen zu den Lehrern passen und andersherum. Deshalb fordern wir, dass die **Praktikumsplatzvergabe einem persönlichen Profil und nicht dem Zufall folgt**.

Juristenfakultät

Durch die Erweiterung Leipzigs zur zentralen Ausbildungsstätte für Juristen im Freistaat Sachsen haben sich bereits bestehender Platzmangel und geringe Bücherkapazitäten weiter verschärft. Bibliothek und Fakultät müssen sich erweitern, Büros für Lehrstühle neu im Stadtgebiet erschlossen werden. Die **Ausbaupläne** hierzu sind bisher noch wenig konkret. Wir möchten, dass diese Thematik transparenter diskutiert wird, sodass die studentischen Belange in die Planung direkt einfließen können. Ein Teil der Lösung muss gerade hier die **Erweiterung des Online-Angebotes** zu Kommentaren, Zeitschriften und Lehrbüchern sein. Überdies setzen wir uns für eine grundsätzliche **Erhaltung der Schwerpunktbereiche** im Jurastudium ein, damit diese Phase des vertieften wissenschaftlichen Arbeitens in persönlichen Interessensgebieten und die Qualität der Lehre nicht der Personalnot in Sachsen weichen muss. Zum Zwecke eines schnelleren Studiums könnte an dieser Stelle aber nach Entlastungen in der Prüfungsordnung gesucht werden. Desweiteren wollen wir eine vertiefte fakultätsübergreifende Zusammenarbeit insbesondere mit WiWis und PoWis anregen, um im Rahmen von gemeinsamen Projekten oder Seminaren praktische Ergänzungen zum Studium und Schnittstellen für gemeinsame Innovationen bereitzustellen. Schließlich bleiben (inter)national wettbewerbsfähige Staatsexamina sowie exzellente Qualität von Forschung & Lehre unser Ziel für eine attraktive sächsische Juristenausbildung in Leipzig. Mehr juristische **Podiumsdiskussionen** mit aktuellen Bezügen werden wir klar unterstützen.

Sicherheit

Die Universität soll ihre Hausordnung effektiv durchsetzen und den studentischen Geldbeutel vor Kriminalität schützen. Als RCDS werden wir die Diebstahlwellen und Schließfächer-Aufbrüche in den Bibliotheken nicht resignierend hinnehmen und wollen ein **konstruktives Sicherheitspaket** auf den Weg bringen. Hierbei gehört für uns die bereits beantragte und für den Leipziger Campus nicht völlig neuartige **Videoüberwachung der Bibliothek-Spinde** genauso dazu wie ein **besseres Material für diese Schließfächer**, damit ein Aufbrechen derer deutlich erschwert bzw. auffälliger wird. Fakekameras hingegen lehnen wir ab, weil diese zur Abschreckung von vornherein eher ungeeignet sind und die Möglichkeit einer erfolgreichen Strafverfolgung sehr gering bleibt. Wir sprechen uns daher für einen gewissenhaften sowie verhältnismäßigen Umgang mit der Überwachungstechnik aus, der einen Missbrauch ausschließt und wollen zugleich durch diese heutzutage angemessene und notwendige Maßnahme die Wahrscheinlichkeit einer erfolgreichen Strafverfolgung erhöhen. Die Auswertung der Aufzeichnungen (nur bei Bedarf) kann insbesondere bei bandenmäßigen Wiederholungstätern wichtiges Beweismaterial liefern. Uns ist eine gute Aufklärungsquote ein großes Anliegen, damit sich alle Angehörigen der Uni Leipzig auf ein Mindestniveau an Sicherheit für sich und ihre Wertsachen verlassen können, wenn sie ihre tägliche Freiheit ausleben. Wir sehen das als kollektive Verpflichtung für die Universität an. Weiterhin wollen wir durch Neuregelungen das bereits engagierte **Sicherheitspersonal flexibler einsetzen**. Zur personellen Unterstützung würden wir auch einer Art studentischem Wachdienst für den Schließfach- und Eingangsbereich der Bibliotheken als bezahlten Minijob offen gegenüberstehen. Dazu gehört auch eine bessere Kontrolle der Immatrikulation über den Studentenausweis. Generell wollen wir **Sicherheitskonzepte hochschulpolitisch öfter kontrovers diskutieren**, damit diese wichtigen Themen nicht von der Tagesordnung verschwinden.

Gleichberechtigung statt Zwang & Gender-Symbolpolitik

Deutsch als frühere lingua franca der Wissenschaft sollte selbstbewusst und vorrangig genutzt werden, weil ein guter Sprachgebrauch wichtig für jede spätere akademische Arbeit ist. Wir werden entschieden für den **Erhalt der freien Sprache** und **gegen Gender-Sprachdiktatur und andere linke Symbolpolitik** kämpfen. Es gibt etwa Fakultäten, an denen Hausarbeiten nur noch gegendert eingereicht werden dürfen. Solche Weiterentwicklungen wollen wir verhindern. Es sollte jedem selbst überlassen bleiben, welche sprachliche Gestaltung im Schriftlichen wie Mündlichen gewählt wird. Grammatikalisch falsche Wortneuschöpfungen aus ideologischen Gründen wie die von linken Kräften geforderte völlig **maßlose Umbenennung des Studentenwerks** in „Studierendenwerk“ **lehnen wir ab**. Solche Schritte sind für die Gleichberechtigung nutzlos und viel zu teuer. Dabei sollte auch bedacht werden, dass Gender-Sprache zusätzlich Verwirrung bei ausländischen Studentinnen und Studenten, die gerade Deutsch lernen, erreicht. Das ist inakzeptabel. Vielmehr darf gutes Englisch als Weltsprache ihren Platz auf dem Campus haben, vor allem für internationale Bezeichnungen im Rahmen des Erasmus-Programms sowie der Forschung.

Unserer Meinung nach sollte die Genderforschung an der Uni Leipzig nicht pauschal ausgebaut oder staatlich subventioniert werden. Nach unserem Ansatz kommt wahre Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau nur durch gesellschaftliches Handeln und strukturelle Motivation

zustande. Gender-Forschung außerhalb des objektiveren medizinischen oder pharmazeutischen Bereichs betrachten wir als nicht zielführend, da solche meistens im Gebot der Negierung von biologischen Geschlechtern steht. Insofern sprechen wir uns auch **gegen maßlose Gendertheorien im Alltag** aus, weil derartige linke Symbolpolitik keine Veränderungen in Sachen Gleichberechtigung herbeiführt. Mit uns wird es an der Universität **keine Unisextoiletten** oder ähnlich übertriebene Auswüchse dieser Ideologie geben. So lehnen wir auch Quoten-Regeln in der politischen Auseinandersetzung ab. Wir stellen uns **gegen quotierte Redelisten in universitären Gremien**, die lediglich nach dem Prinzip der Einordnung nach Geschlecht funktionieren anstatt sich im Sinne der Gleichberechtigung ohne Beachtung geschlechtlicher Eigenschaften auf Inhalte und politische Kompromissfindung zu konzentrieren.

Das **Referat für Gleichstellung und Lebensweisenpolitik (RGL)** gehört zu den größten Referaten im StuRa. Leider bedient es sich regelmäßig linken Utopien und investiert größere Geldmengen in realitätsferne und aus unserer Sicht übertriebene Kampagnen, anstatt realpolitische Ansätze zu verfolgen. Wir wollen das RGL **umstrukturieren** und nur noch mit einer Referentenstelle besetzen.

Hochschulpolitik auf Landesebene

Als überregional organisierter Verband setzen wir uns als RCDS für eine bessere und stärker wahrnehmbare Hochschulpolitik auf Landesebene ein. Wir sehen darin auch in der CDU Sachsen und der CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages starke Partner, mit denen wir unsere Vorstellungen verwirklichen können. Wir wollen den Freistaat Sachsen auch weiterhin als starken Hochschulstandort in Mittel- und Ostdeutschland erhalten. Daher setzen wir uns nachdrücklich dafür ein, dass die bereits beschlossene **Kürzung der Studentenzahlen** im Freistaat Sachsen von 120.000 auf mittelfristig 95.000 **rückgängig zu machen**. Sachsen ist darauf angewiesen, dass zukünftig genügend junge Leute ihren Lebensmittelpunkt in einem attraktiven Sachsen beibehalten wollen, um den Fachkräftemangel abzusenken. Viele junge Menschen würden ohne ein vorher hier abgeschlossenes Studium nur schwer den Weg nach Sachsen finden, daher muss der Nachwuchs besonders intensiv in landeseigenen Ressourcen rekrutiert werden. In diesem Zusammenhang wollen wir Initiativen ergreifen, die den **Absolventenabgang** in die sog. „alten“ Bundesländer **verhindern**. Dafür sehen wir eine stärkere Kooperation der Hochschulen mit lokalen Unternehmen und eine stärkere Bewerbung und strukturelle Modernisierung des ländlichen Raumes als maßgeblich an. Zusätzlich wollen wir es für Forschung & Lehre attraktiver machen, dass die Hochschulen im Freistaat und in Mitteldeutschland stärker kooperieren. Insbesondere die Uni Leipzig ist hier gefordert, die schon bestehende **Hochschulkooperation** mit den Universitäten Halle und Jena zu intensivieren bzw. transparenter zu nutzen. Der **Mitteldeutsche Hochschulpakt** hat hier bereits Strukturen geschaffen, die endlich zugänglicher und produktiver werden müssen. Wir setzen uns einerseits für exzellente Lehre für Studenten und andererseits für gute und sichere Arbeitsbedingungen für Nachwuchswissenschaftler ein. Daher möchten wir das bisher erprobte **Tenure-Track-Verfahren** fest im SächsHSFG verankern sowie flächendeckend und langfristig als Regelverfahren für die Besetzung eines Lehrstuhles einsetzen. Dieses soll unter bestimmten Voraussetzungen ein liberales Karrieresystem von der Assistenzprofessur zur Vollprofessur anbieten, das den stärksten wissenschaftlichen Nachwuchs attraktiver an sich zu binden vermag.

Familienfreundlichkeit

Wir wollen, dass unsere moderne und weltoffene Universität auch für studentische Familien ein guter Ort bleibt. Deshalb ist es uns wichtig, die Belange von Studis mit Kind stärker in den Fokus zu rücken; auch im hochschulpolitischen Diskurs. So fordern wir die **Einführung eines eigenen Referates für Studis mit Kind beim StuRa**, um dem besonderen Stellenwert Ausdruck zu verleihen und eine aktuell angepasste bedarfsgerechtere Politik zu ermöglichen. Hierfür würden wir gern die freigewordenen Kapazitäten infolge der von uns geforderten RGL-Kürzung nutzen.

Für einen Fortschritt in der Infrastruktur wollen wir **Kooperationsverträge** seitens der Uni Leipzig mit naheliegenden Kindergärten anregen, um eine günstige Unterbringung von Kindergruppen aus studentischen Familien zu fördern. Hinzu kommen aus unserer Sicht auch **mehr Wickelräume und Räumlichkeiten zum Stillen** auf dem Unigelände.

Weiterhin schlagen wir vor, die **Einführung spezieller Teilzeitstudiengänge** zu überdenken. Hier kann man sich ein Beispiel an anderen Ländern nehmen, wo das Studium zeitlich besonders frei gestaltbar ist, weil von früh morgens bis spät abends und sogar am Wochenende universitäre Angebote bestehen. So ist es besser möglich, jeden Tag eine niedrige bzw. hohe Stundenanzahl je nach den individuellen Möglichkeiten und Umständen zu belegen. Diese Optionen wären für ein produktives Studium insbesondere für studentische Familien sehr hilfreich. Wir halten dies für eine praktische Ergänzung zu bereits bestehenden Erleichterungen und Anrechnungen.

Vernetzung und Internationales

Die Universität ist aufgrund ihrer Lage in Mitteleuropa und ihrer langen Geschichte schon immer ein Ort internationalen akademischen Austausches gewesen. Gerade in unserer heutigen globalisierten Welt ist die internationale Vernetzung der Hochschulen wichtig. Wir möchten, dass die Universität Leipzig intensiv Kooperationen eingeht und Netzwerke knüpft. Dadurch können sowohl Studenten durch verschiedene **Austauschprogramme wie Erasmus**, als auch Dozenten durch den direkten Dialog mit Kollegen Fortschritte erzielen. Das Prinzip „fordern und fördern“ soll auch für Studienplatzbewerber aus dem Ausland zu einer gerechten Anwendung kommen, um Qualität und **Vergleichbarkeit** der Studienvoraussetzungen konstant zu halten. Ähnlich zur Neugestaltung der Studienplatzvergabe im Rahmen des Numerus Clausus braucht es gerechte Studierfähigkeitstests zum Hochschulzugang für Flüchtlinge. Gleichzeitig sollen es Studenten aus dem Ausland leichter haben, in Deutschland Anschluss zu finden. Es ist profitabler Teil eines Austauschs, das jeweils andere Land kennenzulernen und um seine Spezialität zu wissen. Hierfür braucht es ein breites und günstiges Sprachenangebot, das aktuell und praxisnah ist sowie eine Professionalisierung des **Tandem- und Buddyprogramms**. Dieses sollte anhand aktueller Daten übersichtlicher strukturiert und direkter vermittelt werden. Zudem wollen wir das **Seminarangebot** hinsichtlich einer attraktiven und vorteilhaften Landeskunde im rechtsstaatlichen, kulturellen und historischen Sinne **erweitern** und bisherige Angebote aufwerten. Über Drittmittelsuche sollen die teils noch recht hohen Materialkosten der Seminare in einem verhältnismäßigen Rahmen gehalten werden.